

FREIBERUFLER-TICKER vom 20. April 2018

1. Bundesregierung verabschiedet Berufsbildungsbericht 2018

Die Bundesregierung hat am 18. April 2018 den [Berufsbildungsbericht 2018](#) verabschiedet. Demnach haben sich die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz erneut verbessert: auf 100 ausbildungsplatzsuchende Schulabgänger kommen 105 Ausbildungsplatzangebote. Als zentral werden weiterhin die Passungsprobleme gesehen. Schließlich ist ein starker Anstieg des Ausbildungsinteresses bei Menschen mit Fluchterfahrung zu verzeichnen. Knapp 10.000 Geflüchtete haben bis zum Beginn des Berufsschuljahrs 2017/2018 eine Lehre begonnen. Dem Berufsbildungsbericht zufolge sind die Freien Berufe drittstärkster Ausbildungsbereich mit 123.100 Auszubildenden in den drei Jahren. Der Ausländeranteil an den neuen Auszubildenden der Freien Berufe liegt am höchsten (12,5 Prozent), der Frauenanteil beläuft sich auf 92,3 Prozent. Die Schulabschlüsse bei den Auszubildenden in den Freien Berufen verteilen sich wie folgt: 15,6 Prozent haben einen Hauptschulabschluss, 55,2 Prozent einen Realschulabschluss und 28,5 Prozent eine Hochschulzugangsberechtigung. 0,7 Prozent haben keinen Schulabschluss.

2. Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute Frühjahr 2018

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hat am 19. April 2018 ihre Analyse der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft vorgelegt, die sie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt hat. Die 136. Gemeinschaftsdiagnose [„Deutsche Wirtschaft im Boom – Luft wird dünner“](#) umfasst die detaillierte Kurzfristprognose bis zum Jahr 2019 sowie die mittelfristige Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahr 2022. Die Ergebnisse: Die noch verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden allmählich knapper, sodass die Konjunktur etwas an Schwung verliert. Dennoch bleibt das Tempo hoch: Der Aufschwung der Weltwirtschaft wird die Exporte weiter anregen; auch die Binnenwirtschaft dürfte bei außerordentlich günstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt schwungvoll bleiben. Zusätzlich dürfte die neue Bundesregierung durch die im Koalitionsvertrag vereinbarten fiskalischen Maßnahmen die Nachfrage stimulieren. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Wirtschaftsleistung um 2,2 Prozent in diesem und um zwei Prozent im kommenden Jahr expandieren. Damit heben die Institute ihre Prognose in beiden Jahren um jeweils 0,2 Prozentpunkte gegenüber ihrer Herbstdiagnose 2017 an. Die Beschäftigung dürfte weiter spürbar steigen, aber aufgrund von Knappheit auf dem Arbeitsmarkt schwächt sich der Beschäftigungsaufbau ab.

3. „Lebenslagenbefragung 2017“

Das Statistische Bundesamt hat am 18. April 2018 die Ergebnisse der [„Lebenslagenbefragung 2017“](#) veröffentlicht. Zum zweiten Mal hat die Bundesregierung Bürger und Unternehmen zu ihren Erfahrungen mit Recht und Verwaltung in Deutschland zu 22 Indikatoren befragen lassen. Für beide Gruppen gibt es einzelne Datenpakete. Danach sind [Bürger](#) und [Unternehmen](#) mit der öffentlichen Verwaltung überwiegend zufrieden. Auf einer Skala von -2 (sehr unzufrieden) bis +2 (sehr zufrieden) liegt der Gesamtindikator für die Bürger bei 1,07. Die Bewertung der Behörden und Ämter hat sich somit im Vergleich zur letzten Befragung 2015 kaum verändert. Damals lag die durchschnittliche Zufriedenheit bei 1,06. Auch die Unternehmen sind weiterhin zufrieden mit der öffentlichen Verwaltung. Der Gesamtindikator liegt bei 0,93 und ist ebenfalls stabil. Zuvor hat er bei 0,94 gelegen. Sowohl Bürger als auch Unternehmen sehen bei den Online-Angeboten der Behörden (E-Government) Nachholbedarf. Unternehmen fühlen sich zum Beispiel nach wie vor stark belastet, wenn sie Steuerformulare bearbeiten müssen. Einen erfreulichen Trend gibt es dagegen bei der Gründung von Unternehmen.

4. Online-Befragung zur Zukunft der beruflichen Bildung im europäischen Kontext

Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) trägt zur Entwicklung und Durchführung der EU-Berufsbildungspolitik bei. Es verfolgt die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und hilft der Europäischen Kommission, den EU-Ländern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, das Ausbildungsangebot auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abzustimmen. Laut einer Mitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) vom Ende vergangener Woche arbeitet das Cedefop derzeit an einem Forschungsprojekt zu Status quo und Wandel der Berufsbildung in Europa, um damit die zukünftige Zusammenarbeit in diesem Bereich zu unterstützen. Experten auf diesem Gebiet sind aufgerufen, ihre Ansichten in einer [Online-Umfrage](#) mit dem Cedefop zu teilen.

5. Fachkräfteengpässe bremsen Wachstum

Die Fachkräfteengpässe in Deutschland hemmen zunehmend das Wachstumspotenzial. Dieses Fazit zieht das Institut der deutschen Wirtschaft Köln in einer [Analyse](#), die am 16. April 2018 veröffentlicht worden ist. Danach fehlen am deutschen Arbeitsmarkt derzeit etwa 440.000 qualifizierte Arbeitskräfte. Wenn deutsche Unternehmen diesen Fachkräftebedarf decken könnten, würde die Wirtschaftsleistung in Deutschland um bis zu 0,9 Prozent oder rund 30 Milliarden Euro höher ausfallen.

6. BMWi und KfW: Startschuss für neue digitale Gründerplattform

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben darüber am 16. April 2018 in einer [Pressemitteilung](#) informiert. Auf www.gruenderplattform.de, die durch einen standardisierten Gründungsprozess führt, finden Gründungswillige interaktive Tools, mit denen ihnen die Erarbeitung der Idee, des Geschäftsmodells und des Businessplans möglich sein sowie die Suche nach passender Förderung und Finanzierung erleichtert werden soll. Zentrale Akteure der Gründungsförderung – wie Kammern, Landesförderinstitute, Bürgschaftsbanken und Kreditinstitute – werden mit ihren Angeboten einbezogen. Gründern ist eine direkte Kontaktaufnahme möglich, um Beratung oder Feedback zu ihrem Geschäftsmodell oder Businessplan zu erhalten oder eine Finanzierungsanfrage bei einem Kreditinstitut zu stellen. Die Gründer können sich austauschen. Feedbackmöglichkeiten sollen helfen, die Erfolgsaussichten besser einzuschätzen.

7. KMU nutzen Digitalisierung vor allem zur Kosteneinsparung

Dieses Fazit zieht das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn in einer [Analyse](#), die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden ist. Die Digitalisierung wird in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vor allem eingesetzt, um betriebliche Abläufe zu verbessern und Kosten einzusparen: So finden sich in 36 Prozent aller KMU in Deutschland Softwarelösungen, die den Datenaustausch innerhalb beziehungsweise zwischen den verschiedenen Sachabteilungen erleichtern. Mit Zulieferern und Abnehmern sind 28 Prozent aller KMU digital vernetzt. Fast jedes zweite Unternehmen sammelt und katalogisiert inzwischen seine Kundendaten. In all diesen Bereichen liegen die KMU hierzulande anteilmäßig über dem EU-Durchschnitt, aber weiterhin unter den Digitalisierungsaktivitäten der Großunternehmen. Fünf Prozent von ihnen werten die gesammelten Kundendaten systematisch aus – im EU-Durchschnitt nutzen zehn Prozent diese Datenmengen. Unter den Großunternehmen in Deutschland analysieren 17 Prozent „Big Data“. 55 Prozent aller in Deutschland ansässigen KMU kaufen zwar Waren über das Internet ein, jedoch nur 25 Prozent haben diesen Absatzweg auch für sich erschlossen. Dabei ist inzwischen fast jedes kleine und mittlere Unternehmen mit einer eigenen Website im Internet präsent.